Hamburget Echo

Preis 15 A

Hamburg-Altonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Nummer 200

Sonntag, 20. August 1932

58. Jahrgang

Weg aus der Krise - Weg zum Sozialismus

Die sozialdemokratischen Anträge im neuen Reichstag für Wirtschaftszubau und Krisenbekämpfung

Vorstoß!

Das Versagen der kapitalistischen Wirtschaft hat in Deutschland so unennbares Krisenelend angerichtet, die untauglichen Versuche untauglicher Regierung haben durch Notverordnungen das Massenelend so verschärft, die Krisenheilung mit privatkapitalistischen Methoden hat sich als so unzulänglich erwiesen, daß die organisierte Arbeiterklasse von sich aus nicht nur schärfste Maßnahmen zur Milderung des Elends, sondern auch grundsätzliche Umbauarbeiten für die deutsche Wirtschaft fordern muß. Die kommende Reichstagssitzung wird

die Sozialdemokratische Partei in der vorersten Front des Wirtschaftskampfes

sehen.

Gegenüber der Regierung der Barone gibt es keinerlei Möglichkeit des Vertrauens. Die Notverordnung vom 14. Juni war so maßlos ungerecht und widersinnig, daß sie fallen muß. Das wird die erste Forderung der Sozialdemokratie sein. Deshalb wird die Sozialdemokratie die

Wiedererhöhung der sozialen Leistungen

auf dem gesamten Unterstufungsgebiet mindestens und zunächst auf den Stand vom 14. Juni verlangen. Es muß aber auch an den kommenden Winter gedacht werden. Auch im kommenden Winter müssen Kartoffeln und Kohlen den Arbeitslosen kostenlos zur Verfügung gestellt, das Fleisch muß für sie verbilligt werden. Ganze Arbeit werden sozialdemokratische Anträge in der Frage der

Arbeitsbeschaffung und der Verkürzung der Arbeitszeit

gegenüber dem zögernden und schwächlichen Tun der jetzigen Reichsregierung verlangen. Die öffentliche planmäßige Arbeitsbeschaffung soll durch Bereitstellung von Arbeiten im Werte von einer Milliarde Mark energisch und mit größter Beschleunigung gefördert werden. Zu den öffentlichen Arbeiten müssen die Hausreparaturen, die Förderung der Siedlung, die kollektive Selbsthilfe der Arbeitslosen und zuletzt, aber nicht am wenigsten, die so dringend notwendige Schulung der Jugendlichen hinzutreten. 300 Millionen will die Papen-Regierung beschaffen. Für 500 Millionen verlangt die Sozialdemokratie die Auflegung einer Prämien- bzw. Zwangsanleihe; weitere 200 Millionen können aus den ersparten Unterstufungen genommen werden.

Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit wird mit neuer Wucht vorgetragen werden, nachdem Wissenschaftler und Praktiker in aller Welt immer rücksichtsloser die Arbeitszeitverkürzung einfach als wirtschaftliche und technische Notwendigkeit erklärt haben. Der Widerstand der Unternehmer muß gebrochen werden.

Auch rein wirtschaftspolitisch gilt es durch Gesetzesanträge schon laufendem und noch kommendem Anlauf vorzubeugen. Mit der Verteuerung und der Verschlechterung der

Volksernährung

durch einseitige Begünstigung des Zunfttums muß ein Ende gemacht werden. Es darf nicht weiter beliebig viel neue Arbeitslosigkeit erzeugt werden, nur weil die Zunft in kurzfristigem Egoismus sich der Ernährungsautonomie verschrieben haben. Das soziale Elend der arbeitslosen Massen, die Antragsarbeit der Mieten bei den heutigen Elendslöhnen der Unterstufung, verlangt gebieterisch öffentliche Mietbeihilfen sowohl bei Altmwohnungen als auch bei den besonders teuren Neubauwohnungen.

Sugenergs unfürsinnigen allgemeinen Schuldenabwertungsplänen, die nur eine Bereicherung schlecht wirtschaftender Schuldner und schließlich auch eine Vererbung der Sparern mit sich bringen, muß entgegengetreten werden. Nur so wirklich gut wirtschaftende Betriebe ohne eigene Schuld in Not gekommen sind, darf der Staat seine Hilfe leisten. Das soll nach wohlverwogenen sozialdemokratischen Auffassungen durch die

Errichtung eines Schuldeneinigungsamtes

sicher gestellt werden, vor dem jeder einzelne Fall nach Recht und Billigkeit zu behandeln ist. Endlich aber muß auch den Pächtern auf dem Lande geholfen werden. Die Sozialdemokratie wird verlangen, daß vom 1. Oktober an sämtliche landwirtschaftlichen und gärtnerischen Pächten um 30% mindestens aber auf die Höhe der Vorkriegspächten, gekürzt werden. Endlich muß der Rechtschutz der Pächter verbessert werden.

Das sind in sozialdemokratischen Gesetzesanträgen dem Reichstag vorzuliegende dringliche Tagesaufgaben. Die Liste solcher Gesetzesanträge ist noch nicht abgeschlossen. Es wird noch viel mehr gefordert werden, um die Krisennot zu lindern und die herrschenden Notstände bis zur Wiederkehr besserer wirtschaftlicher Verhältnisse zu überwinden. Die Sozialdemokratie wird aber auch die finanzielle Deckungsfrage nicht vergessen. Sie fordert

Neusteuerung zur Sicherung der sozialen Leistungen

und zur Milderung des größten Elends. Die hohen Einkommen und die hohen Vermögen müssen ebenso erfaßt werden wie der Luxus. Die Offenlegung der Steuerlisten muß die Steuerhosen überwinden helfen.

Die SPD-Fraktion eröffnet den Kampf

Erste Fraktionsitzung / Volle Einmütigkeit

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Freitag, 19. August, zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Sie war von weit über 100 Abgeordneten besucht. Die Sitzung wurde von dem Vorsitzenden der Partei, dem Abgeordneten

Wels

mit einem Rückblick auf den Wahlkampf eröffnet. Die Entartung des politischen Kampfes habe in unsern Reihen nicht nur zahlreiche Vöte gefordert, auch Hunderte aufrechter Kämpfer wurden auf das Krankenbett geworfen, viele andere sind vor den Straftribünen geföhrt.

Inser erstes Wort gelte darum allen Kämpfern, die sich mit ihrem Herzblut für unsere große Sache eingesetzt und für sie Opfer ohne Zahl gebracht haben.

Zu Ehren der im Kampfe für Demokratie und Sozialismus gefallenen Opfer hatten sich die Fraktionsmitglieder von ihren Plätzen erhoben.

Wels erinnerte auch an die wertvolle Arbeit der 25 Fraktionsmitglieder, die der neuen Fraktion nicht mehr angehören. Er begrüßte die 22 neuen Mitglieder, die fast ausnahmslos den jüngeren Jahrgängen angehören, ein Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie auch in dieser Beziehung den Erfordernissen der Zeit Rechnung trage. Die Neuzahl des Vorstandes der Fraktion soll in der Sitzung vorgenommen werden, die der Eröffnung des Reichstages am 30. August vorangeht.

Wels gab hierauf einen Überblick über die Entwicklung der politischen Lage seit der Reichstagswahl. Die Regierung Papen habe auf allen Gebieten Mißerfolge erzielt, trotz ihres Entgegenkommens an die Nationalsozialisten sei ihr die verantwortliche Heranziehung der „aufbauwilligen Kräfte“ nicht gelungen.

Mehe denn je drohe die Gefahr eines Verfassungskonfliktes. Ihn abzuwenden sei die dringendste Aufgabe der gesamten sozialistischen Arbeiterklasse. Alle Kräfte müßten im Kampfe gegen das gegenwärtig herrschende System eingesetzt werden.

Im Anschluß daran erörterte Abgeordneter

Dr. Herk

die Anträge und Gesetzeswürfe, die die sozialdemokratische Fraktion dem Reichstag bei seinem Zusammentritt vorlegen wird. (Wir geben diese Anträge an anderer Stelle wieder.) Unter diesen Anträgen hätten die Anträge auf Umbau der Wirtschaft die größte Bedeutung. Sie seien nicht als Demonstrationen aus der gegenwärtigen Oppositionsstellung heraus anzufehen, sie

entsprächen vielmehr der gegenwärtigen ökonomischen und politischen Situation, die ganz neue und günstigere Voraussetzungen für eine schnellere Umwandlung zum Sozialismus geschaffen haben,

als sie früher bestanden. Die Anträge auf Sicherung der Existenz der notleidenden Schichten sowie die dazu gehörigen Deckungsvorschläge (Steuerumbau und Schaffung von Staatsmonopolen) zeigten die Wege auf, die gegenwärtig zur Linderung der Not und zur Behebung der Wirtschaftskrise beschritten werden müßten.

Nach einer kurzen Aussprache wurden die Anträge und Gesetzeswürfe einstimmig gebilligt. Darunter befinden sich auch Anträge, die der Reichsregierung gemäß Artikel 54 der Reichsverfassung das Vertrauen entziehen und die Aufhebung der von ihr erlassenen Notverordnungen verlangen.

SA hat in Ohlau angefangen

Belastungszeuge gegen die Reichsbannerleute wird zum Entlastungszeugen

SPD. Breslau, 19. August.

Entgegen der ursprünglichen Absicht, die Vernehmung heute noch zu schließen, werden vor dem Brieger Sondergericht in Ohlau Landfriedensbruchprozesse morgen noch drei Entlastungszeugen vernommen werden.

Heute vormittag befanden die Entlastungszeugen und ein von der Staatsanwaltschaft geladener Belastungszeuge — auf

Die Verschärfung bei der Steuerveranlagung und Steuererhebung muß das Steueraufkommen erhöhen. Aus der längst notwendigen Schaffung von Staatsmonopolen (Tabak, Del und Branntwein) müssen dem Reich neue Einnahmen zugeführt werden. Endlich müssen die nur auf formales Recht und keinerlei Verdienst gegründeten

Fürstenabfindungen wieder gestrichen

ihr Grundbesitz zugunsten der Kriegsober entzogen und die Gehälter und Pensionen grundföchtig höchstens auf 12 000 M herabgesetzt werden. Geschieht das, so werden erheblich über 2 Milliarden Mark allein dem Reich an neuen Einnahmen zur Verfügung stehen, um die sozialdemokratischen Anträge auch praktisch durchzuführen.

Neben diesen Tagesaufgaben wird die Sozialdemokratie durch fünf besondere Gesetzesanträge aber auch den

grundföchtigen Umbau der kapitalistischen Anarchie zur Planwirtschaft

vorwärts treiben. Es muß die Verstaatlichung der Schwerindustrie und der übrigen monopolistischen Industrien einschließlic der Zementindustrie durchgeführt werden. Die gesamte Kreditwirtschaft wird zur planvollen Lenkung der Kapitalverwendung der staatlichen Aufsicht unterstellt, sämtliche Großbanken müssen verstaatlicht werden. Ein Kartell- und Monopolamt muß die Kontrolle und die planmäßige Bewirtschaftung aller Schlüsselindustrien sicherstellen. Mit der Enteignung des Großgrundbesitzes muß der Krisenherd im agrarischen Osten ausgebrannt und die materielle Basis der reaktionären Junkerherrschaft in Deutschland beseitigt werden.

Es ist in Deutschland keine Zeit mehr, die Not noch weiter wachsen, die Wirtschaft weiter versinken und die junkerlichen und schwerindustriellen „Wirtschaftsföhler“ als Staat im Staate weiter herrschen zu lassen. Um der Wohlfahrt des Volkes willen, die der einzige Sinn alles Regierens zu sein hat, müssen wir

vorwärts zu einer neuen Wirtschaftsordnung

müssen wir vorwärts zu einer demokratischen, wirklich nur dem Wohl des Volkes gewidmeten Wirtschaft! Rückföhrt der Kampf für diese Ziele ist jetzt die Parole. Im Kampf um diese Ziele vertrauen wir dem Urteil des Volkes; das Volk wird bald die Böden von den Schafen zu trennen wissen, und so wird auch bald die letzte Entscheidung fallen gegenüber dem Nationalsozialismus, der heute noch so viele törichte Herzen und unklare Köpfe mit seiner Schwindelpolitik benebelt.

(Den Wortlaut der Anträge siehe 2. Beilage)

die weiteren Belastungszeugen verzichtete der Oberstaatsanwalt —, daß der Arbeiterportier Effe ohne jeden Grund von dem zuerst auf dem Ring ankommenden Motorradfahrer geschlagen worden ist.

Der Motorradfahrer sprach einen jungen Mann auf dem Ring an, setzte sich auf sein Motorrad und fuhr ein Stück weiter bis zur nächsten Ecke. Da sah er den ersten Lastwagen mit SA-Leuten kommen. Er springt noch einmal vom Rade, geht auf Effe zu und schlägt ihm ohne ersichtlichen Grund ins Gesicht. Darauf wendet er sich dem Lastwagen zu, wirft den SA-Leuten, diese springen herab und schlagen mit Schulterringen auf die stütenden Leute ein. Wohlverstand: das sagen die Entlastungszeugen und der von der Staatsanwaltschaft geladene Belastungszeuge aus. Damit ist erwiesen, daß

die blutigen Vorgänge durch diesen brutalen Akt des Motorradfahrers und die darauf folgende „Polizeiaktion“ der SA-Leute ihren Anfang nahmen.

Endlich das Nazi-Mordgesindel vor dem Sondergericht

Die viehische Bluttat von Potempa

SPD. Weiden, 19. August.

Unter ungeheurem Andrang des Publikums trat am Freitag das erste Mal das Sondergericht in Weiden zusammen, das durch die neueste Notverordnung der Papen-Regierung eingesetzt worden ist. Zur Verhandlung steht der bestialische Mord, der in dem Dorfe Potempa von uniformierten SA- und SS-Leuten an dem Arbeiter Dietzsch verübt worden ist. Dieser der kommunistischen Bewegung nahestehende Arbeiter wohnte mit seinem Bruder in dem Häuschen seiner Mutter in Potempa. Dort stürmten am 9. August mitten in der Nacht die Angeklagten und noch einige nicht ermittelte SA-Leute in die offensichtlich leere Wohnung, leuchteten mit einer Taschenlampe das Bett ab, in dem die beiden Brüder Dietzsch schliefen, tiffen dann beide mit Gewalt aus dem Bett und schlugen mit allen möglichen Werkzeugen in viehischer Weise auf sie ein. Besonders der später gestörte Konrad Dietzsch wurde so schwer durch Schläge verletzt, daß er an diesen Verletzungen gestorben wäre, auch wenn nicht, wie das tatsächlich der Fall war, noch nachträglich auf ihn geschossen worden wäre. Als der Schwerverletzte nämlich in eine Kammer flüchtete, sandten die Mörderbuben noch Schüsse hinter ihm her, bevor sie endlich das Haus verließen. Dann fand die Mutter des Verstorbenen ihren Sohn nur als Leiche wieder.

Vor Gericht stehen jetzt neun der Beteiligten, handfeste, ausgewachsene Gestalten, nur zwei von ihnen sind jüngere Wurfchen.

Alle neun waren in dem SA-Heim in Breslau ins untergebracht.

Von dort wurden sie an dem Abend der Tat durch ein Auto, das einer der Angeklagten lenkte, abgeholt und zunächst nach Weiden gebracht, wo der Sturmföhler der SA, Hoppe, wohnt. Von diesem erhielten sie die Weisung, nach Potempa zu fahren und sich dort bei dem Gastwirt Lehmann zu melden, der jetzt mit der Angeklagten unter der Beschuldigung sitzt, die übrigen Angeklagten zu ihrem Verbrechen vorföhlich angeiffet zu haben. Lehmann bewirtete die unheimlichen Gäste zunächst mit Alkohol und Zigaretten. Dann zogen sie nach der benachbarten Wohnung eines Ehepaares Schwinge. Dort wurde eine Bluttat nur durch die Aufmerksamkeit der Frau Schwinge verhindert. Schließlich gingen sie in das Nebenhaus, in dem die Witwe Dietzsch mit ihren beiden Söhnen wohnte. Auf dem Tisch vor dem Gericht liegen die Instrumente, mit denen der

Terror nimmt kein Ende

Der dritte Mordfall auf Schweriner SPD-Zeitung

SPD. Schwerin, 19. August.

Am Freitagmittag um 2 Uhr wurde von mehreren Nazis ein Mordfall auf die Geschäftsstelle der sozialdemokratischen Zeitung „Das freie Wort“ verübt. Nachdem ein Nazi-Mörder sich vorher vergewissert hatte, daß nur der Geschäftsföhler Kallen sich zur Bedienung im Laden befand, kamen drei SA-Leute herein und provozierten und schimpften so lange, bis sie zum Hinansgehen aufgefordert werden mußten. Beim Verlassen des Ladens zerrückte einer von ihnen die Scheibe in der Tür. Auf der Straße griffen die vier Nazis Kallen tödlich an. Ein herbeigerufener Polizeibeamter konnte sie noch gerade daran hindern, den Geschäftsföhler auf der Straße niederzuschlagen. Die Person des einen SA-Mannes wurde festgehalten. Es handelt sich um einen zur Zeit in dem Nazi-Dorado Mecklenburg weilenden sächsischen Nationalsozialisten!

Das ist bereits der dritte Mordfall der Nationalsozialisten auf die sozialdemokratische Zeitung. Die mecklenburgische Naziregierung hat wahrhaft Ordnung geschaffen.

SPD. Schwerin, 20. August.

In der Nacht zum Sonnabend ist bereits das vierte Schaufensterattentat auf die sozialdemokratische Zeitungsgeschäftsstelle von Nationalsozialisten verübt worden. Wieder wurden die beiden großen Schaufenster eingeschlagen. Den Tätern gelang es, zu entkommen.

Tränengas gegen Warenhäuser

SPD. Wuppertal, 20. August.

Verschiedene Wuppertaler Warenhäuser wurden am Freitagnachmittag mit Tränengas heimgeschickt. Die Täter haben, wie die Polizei mitteilt, fast zur gleichen Stunde in vier Geschäftshäusern in Wuppertal während der Hauptgeschäftszeit Gasbomben geworfen. Das Publikum verließ fluchtartig die Räume. Zwei Geschäfte mußten geschlossen werden.

Am 11. August hatte Oldenburgs Naziministerpräsident Röber in Hannover eine wilde Segrede gegen die Eröffnung eines neuen Woolworth-Einheitspreisgeschäftes gehalten. Tags darauf stiegen in Krefeld in die Säule von Woolworth, Epa und Tieg Tränengasbomben. Nun hat sich das gleiche in Wuppertal abgespielt.

Nazihorde überfällt SPD-Zeitungshändler

400 gegen 2

SPD. Breslau, 19. August.

Freitag vormittag gegen 11 Uhr kam es zu einer politischen Schlägerei. In unmittelbarer Nähe des Braunes Hauses hatten zwei Zeitungshändler der SPD, Aufstellung genommen. Sie wurden von uniformierten Nazis angegriffen, verletzt und zu Boden geworfen. Die gesamte gemeinsame Fahrt nach Potempa angeiffet und dort als „Föhler“ des Verbrechens inhaftiert habe. Dieser, ein angeblicher Bolambel, ist ebenso wie ein weiterer Teilnehmer nicht geföhrt worden, sondern wahrscheinlich über die polnische Grenze entkommen. Die Angeklagten suchen sich bei ihrer Vernehmung als Inhaftenslämmer hinzustellen.

Vor dem Gerichtshörsaal gab es verschiedentlich Redaktionen, die von größeren SA-Truppen angeffert wurden.

Die Polizei mußte diese Demonstrationen mehrfach auseinander-treiben. Einer von ihnen wurde wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt verhaftet. Die Verhandlung, an der zahlreiche SA-Föhler in ihrer Notverordnung uniformiert sehr siegesföhler als Zuhörer teilnehmen, wurde nach Vernehmung der Angeklagten auf Sonnabend vertagt.

Welche Bedeutung die Nationalsozialisten dem Mordprozess beilegen, zeigt nicht nur die Tatsache, daß die Mörder von Nazi-anwalt Luetgebume verteidigt werden, sondern daß auch von den ausgegebenen 40 Pressearten die Hälfte auf Nazi-Pressvertreter entfallen. Auch der Föhler der schlesischen SA, F e m e l b e r d e i n e s, ist anwesend.

Infernallische Mordhese gegen Severing

Die Ostfront, das oberföhliche Stillerorgan, bemerkt zu dem Prozess, daß unter den gegebenen Verhältnissen mit fünf Todesurteilen g e s e h e t werden müßte. Wenn das Gericht es aber wage, auch nur ein einziges Todesopfer zu stellen, so werde sich in ganz Deutschland ein Sturm erheben und die Folgen wären unabsehbar. „Schuldig an dem Mord“, so schreibt das Stillerorgan, „sind nicht die Angeklagten, sondern auf die Anklagebank gehören der frühere preussische Innenminister Severing und der Justizminister Schmidt. Das sind die wahren Schuldigen von Potempa.“

Klara Zetkin ernstlich erkrankt

Klara Zetkin ist, wie aus Moskau gemeldet wird, ernst erkrankt. Zur Patientin sind vier der besten Ärzte gesandt worden.